

Austrian Cockpit Association statement 01/2020

Flight Operations into and over Conflict Zones

Nach dem Abschuss der B737 der ukrainischen Airline PS752, bei dem 167 Passagiere und 9 Crewmitglieder ihr Leben verloren, wird die Diskussion um die Sicherheit der Luftfahrt in Krisengebieten wieder virulent. Wie bereits vor einigen Jahren beim Absturz der MH17, die im ukrainisch-russischen Konflikt Ziel einer Boden-Luft-Rakete geworden war, rückt nun wieder ins Bewusstsein, dass der Luftraum keineswegs per se sicher ist.

Airlines weltweit betreiben seit Jahren ein kontinuierliches Safety Assessment, um mögliche Gefahren auszuloten und ihre Routen entsprechend anzupassen. Dabei sind sie davon abhängig, welche Informationen sie von Behörden (inklusive Geheimdiensten) und anderen Airlines bekommen. Piloten müssen sich auf diese Informationen verlassen können, denn sie übernehmen eine enorme Verantwortung mit der Durchführung des Fluges.

Der aktuelle, tragische Fall beweist, dass das nicht immer funktioniert. Die Gefahrenlage im Iran war schon seit Wochen vorhanden, die Zuspitzung der Situation war von vielen Airlines zwar beobachtet und es war richtig reagiert worden, aber das galt nicht für alle Airlines, manche, speziell, jene, die direkte Verbindungen nach Teheran hatten, hielten den Verkehr weiter aufrecht. Auch wenn Airlines viel daran liegt, Flüge weiter durchzuführen und damit den Menschen ermöglicht, aus einem Krisengebiet auszureisen, darf es nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen bei der Abwägung der Sicherheitslage eine Rolle spielen.

Die Airlines tragen Verantwortung für ihre Crews und Passagiere und müssen demnach für jeden Flug eine entsprechende Risikobewertung vornehmen. Doch sie haben das Recht auf verlässliche Informationen von offiziellen Stellen. Wenn Lufträume gefährlich sind, müssen diese gesperrt werden. Zivilluftfahrt braucht den Schutz der Politik und die Behörden müssen diesen sicherstellen, denn die Zivilluftfahrt und alle Beteiligten – Crews, Passagiere und ihre Angehörigen – sind die Betroffenen, wenn es zu solchen Tragödien kommt.

ACA als Vertretung der österreichischen Verkehrspiloten und -Pilotinnen fordert Verantwortliche in Politik und bei Behörden auf, sich bei internationalen Organisationen für den weltweiten, verlässlichen Schutz der zivilen Luftfahrt einzusetzen! Insbesondere ist darauf zu drängen, dass alle Staaten die entsprechenden Konventionen („Montreal Convention“ - ICAO Doc 8966) ratifizieren und die geforderten Maßnahmen umsetzen!

In diesem Zusammenhang sei an das Position Paper der IFALPA erinnert (15POS08 Flights into and over conflict zones, vom Dezember 2014).

Zusammengefasst unsere Forderungen:

- Flüge in und über Krisengebiete können die Sicherheit der Luftfahrt gefährden und es kann - wie aktuell passiert - zu Tragödien kommen
- IFALPA mahnt bei Staaten und Luftfahrt-Organisationen ein, unter dem Dach der ICAO gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, um die Sicherheitslage für den zivilen Luftverkehr zu verbessern
- Notams und andere Kommunikationskanäle sollen in Echtzeit aktualisiert und an Airlines und Piloten weitergegeben werden
- Kein Angriff auf ein ziviles Luftfahrzeug ist zu tolerieren

ACA / Jänner 2020